



Glasklar

S. 3

Will die Demokratie den „gläsernen“ Abgeordneten? Soll er auf Heller und Pfennig seine Einkünfte nachweisen? Die Grünen meinen Ja und haben dazu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Anhörung im Hauptausschuss.

Röhre

In namentlicher Abstimmung haben die Abgeordneten abgelehnt, das Gesetz zurückzunehmen, das die umstrittene CO-Pipeline ermöglicht. Der Chemiestandort NRW brauche diese Leitung mit ihrer hohen Sicherheit.

S. 5

Existenzsorgen

Die Arbeitslosenzentren im Land fürchten, dass ihnen vom Land der Geldhahn zugedreht wird und sie ihre Tätigkeit einstellen müssen. In einer Anhörung warben ihre Sprecher bei den Abgeordneten um Unterstützung.

S. 12

Nebenjob

Bettelstudent, das war einmal. Heute jobben junge Frauen und Männer, um ihr Studium und ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Kann das Land mehr für sie tun? Und was – darüber gingen die Meinungen auseinander.

S. 18

Schwerer Schlag

Wie geht es in Bochum weiter?

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
Der gläserne Mandatsträger	3
<i>Grüne wollen Höhe der Nebeneinkünfte veröffentlichen lassen</i>	
Arrest als „Warnschuss“	4
<i>Bei jungen Intensivtätern soll die Strafe der Tat auf dem Fuß folgen</i>	
Grüne: Gesetz zurücknehmen	5
<i>Mehrheit will kein Aus für die umstrittene Chemiepipeline</i>	
Stoff, aus dem Alpträume sind?	6
<i>Abgeordnete debattieren über PFT im Trinkwasser/Entwarnung</i>	
Sinn und Unsinn von Subventionen	7
<i>Multi macht Produktionsstätte dicht/Auch Chance für einen Neuanfang</i>	
Empörung über „Subventions-Heuschrecken“	8-9
<i>Landtag erörtert gesamtwirtschaftliche Lage im Land</i>	
Finnischer Riese in der Pflicht	10
<i>Wirtschaftsausschuss diskutiert weiteres Vorgehen der Landespolitik</i>	
Staatliche Zuschüsse auf dem Prüfstand	10
<i>Abgeordnete wollen Licht in das Förderdickicht bringen</i>	
„Es geht um Menschen ohne Job“	12
<i>Anhörung: Arbeitslosenzentren sehen ihr Wirken in Gefahr</i>	
Zentrale Prüfungen an Waldorfschulen?	13
<i>Schulausschuss erörtert Pläne der Landesregierung</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	14
Mehr Freiraum für Kreativität	15
<i>Sachverständige beurteilen Neuregelung des Kunsthochschulgesetzes</i>	
Aus den Fraktionen	16-17
Bier und Bachelor	18
<i>SPD fordert: Wissenschaft statt Thekenkraft</i>	
Porträt: Wolfgang Hüsken (CDU)	19
Petitionsausschuss vor Ort	19
Impressum	19
Geburtstage und Personalien	20



Das plötzliche Aus für Bochum

Was soll man noch sagen? Bochum hat verloren. Die Finnen haben sich nicht erweichen lassen. Nokia hat im rumänischen Jucu die Handyproduktion aufgenommen. Die Landesregierung fordert 41 Millionen Euro an Subventionen vom finnischen Multi zurück.

Und die über 2.000 Nokianer in Bochum? Sie haben tapfer gekämpft und sind dennoch untergegangen. Sie, an ihrem Arbeitsplatz ohnehin schon flexibel bis zur Schmerzgrenze, wären bereit gewesen, noch ein Schüppchen draufzulegen und die Produktivität in Bochum weiter zu erhöhen. Vergeblich, es hat nichts mehr genutzt.

Verständlich, dass Frustration, Erbitterung, Hoffnungslosigkeit in den letzten Wochen bei Belegschaft und ihren Sprecherinnen und Sprechern stetig gewachsen sind. Es war ein Wechselbad der Gefühle. Erst die unabgesprochene Stilllegungsmittelteilung – aus heiterem Himmel, für ein profitables Werk. Erst der Schreck, dann die Hoffnung. Und die Überlegungen und Aktionen, den Beschluss vielleicht doch noch abzuwenden.

ZUKUNFT

So unverblümt wie selten haben sich Politiker aller Couleur zum Beschluss der finnischen Konzernspitze geäußert. Zornige und kraftvolle Worte können aber nicht verschleiern, dass die Politik unternehmerische Entscheidungen zwar kommentieren, selten aber rückgängig machen kann.

Der Kampf ist noch nicht zu Ende. Jetzt, wo der Arbeitsplatz verloren ist, geht es für die Menschen bei Nokia Bochum um Abfindung, Sozialplan und Arbeitsplatzalternativen, um eine neue Zukunft ohne Nokia. Und für die Politik um die Frage, wie künftig Subventionen einzusetzen sind. Wie man Mitnahmeeffekte verhindert.

Die Antworten werden nicht nur in Düsseldorf oder Berlin zu finden sein, auch in Brüssel. Rumänien ist Mitglied der EU. Es wird sich entwickeln. Der Wohlstand der Menschen wird wachsen. Das ist ihnen zu gönnen. Eines Tages werden auch die rumänischen Arbeiter im Handywerk von Jucu mehr verdienen als die 200 Euro, die ihnen jetzt Nokia monatlich zahlt. Was geschieht dann? Zieht Nokia weiter und lässt seine Handys im Fernen Osten oder in Afrika zusammenschrauben?

Bochum – da war doch mal was. Hier wird man, wenn es so weit ist, die Nachricht lesen und stolz darauf sein, dass der Rückschlag im Jahr 2008 nicht entmutigt, sondern neue Kräfte freigesetzt hat.

JK

Der gläserne Mandatsträger

Grüne wollen Höhe der Nebeneinkünfte veröffentlichen lassen

Die Grünen wollen mehr Transparenz ins Parlament bringen. Die Abgeordneten sollen weiter – das ist im Land schon die Rechtslage – ihre Einkünfte gegenüber der Landtagspräsidentin angeben. Die soll diese Angaben dann jedoch (und das geht über die gegenwärtigen Bestimmungen hinaus) veröffentlichen müssen. Einzige Ausnahme: Der Veröffentlichung stehen schutzwürdige Interessen Dritter entgegen.

Diese Erweiterung des nordrhein-westfälischen Abgeordnetengesetzes schlägt die grüne Fraktion in ihrem Gesetzentwurf (Drs. 14/4851) vor. Es sei für die Öffentlichkeit, so meinen die Autoren, nicht nachvollziehbar, „warum parlamentsintern Art, Höhe und Herkunft der Nebeneinkünfte der Abgeordneten angezeigt werden müssen, diese dann aber nicht veröffentlicht werden dürfen“. Schließlich könnten Bürgerinnen und Bürger als Wähler erst aufgrund solcher Angaben umfassend beurteilen, „ob Abgeordnete als Vertreter des Volkes ihr Mandat ordnungsgemäß ausüben“. Das setze voraus, dass die Abgeordneten dem ganzen Volk dienen „und nicht etwa sich in ihrer Entscheidungsfindung von Interessen einzelner Gruppen leiten lassen, etwa durch die berufliche Verflechtung mit diesen Gruppen“.

Eine packende Materie, weil sie an das Selbstverständnis des Parlaments und seiner Abgeordneten rührt. Darum entspann sich im Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Werner Jostmeier (CDU) eine engagierte Debatte, nachdem das Gremium vier ausgewiesenen Wissenschaftlern Gelegenheit gegeben hatte, ihre Einschätzung des Gesetzentwurfs vorzutragen. Wenn man das Ergebnis sportlich ausdrücken möchte, dann endete dieser Vergleich mit 3:1. Drei Pro-

fessoren waren gegen die grünen Vorschläge, einer vermochte ihnen einiges abzugewinnen.

Professor Dr. Hans Meyer von der Berliner Humboldt-Universität fand die von den Grünen vorgeschlagene Regelung „verfassungsrechtlich unbedenklich“. Abgeordnete sah er als „Staatsfunktionäre“, die staatliche Entscheidungen treffen. Es gebe kein völlig losgelöstes, „freies“ Mandat. Frei seien die Abgeordneten bei den Entscheidungen im Parlament. Dem Staat, der die Abgeordneten bezahle, stehe es frei, regelnd einzugreifen und zu verlangen, dass berufliche Tätigkeiten, die Auswirkung auf das Mandat haben, offengelegt werden. Hier könne sich der Abgeordnete nicht auf die grundgesetzlich garantierte Berufsfreiheit zurückziehen. Meyer: „Der Abgeordnete ist als Abgeordneter nicht Privatperson.“

Der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Professor Dr. Ulrich von Alemann fand, Transparenz sei zwar ein hohes Gut, „das Leitbild des gläsernen Abgeordneten ist aber kein Leitbild der Demokratie“. Die Angaben über Nebeneinkünfte erlaubten etwa bei Abgeordneten, die als Anwälte praktizierten, Rückschlüsse auf ihre Mandanten. Sie von der Transparenzpflicht auszunehmen, wäre eine Ungleichbehandlung,

die gegenüber den anderen Abgeordneten nur schwer zu rechtfertigen sei. Alemann erinnerte an seinen früheren Vorschlag, die Abgeordneteneinkünfte nicht zu veröffentlichen, sondern einem besonderen Gremium, einem „Ehrenrat“, zu melden. So seien – auch ohne Publikation – Offenlegungspflicht, Gleichbehandlung und Kontrolle möglich.

„Nebentätigkeit“ – diesen Begriff mochte Professor Dr. Ulrich Battis aus Berlin gar nicht: „Abgeordnete haben keine Nebentätigkeit. Sie üben einen bürgerlichen Beruf aus.“ Die Grünen könnten sich in ihrem Vorhaben nicht auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli vergangenen Jahres beziehen, das gebe die äußerst knapp getroffene Entscheidung der höchsten Richter nicht her. Das Richterkollegium habe das „Drei-Stufenmodell“ des Bundestags durchgehen lassen; für ein Draufsatteln, etwa die uneingeschränkte Veröffentlichung sämtlicher Einkünfte, sei keine Mehrheit zu erwarten.

Professor Dr. Christian Waldhoff (Bonn) unterstrich, eine Verschärfung der Transparenzregeln stelle einen tiefen Eingriff in die Rechte der Landtagsabgeordneten dar und stehe darum unter einer besonders starken Rechtfertigungsnotwendigkeit. Die Schutzbestimmung im Grünen-Entwurf, dass die Interessen Dritter nicht verletzt werden dürften, bezeichnete er als „zu schwammig und zu pauschal“. Von der Auslegung einer solch vagen Bestimmung „könnten ganze Juristengenerationen leben“, fand sein Kollege Battis. Waldhoff befürchtete langfristig eine Rückkehr zu längst überwundenen obrigkeitstaatlichen Verhältnissen, wenn stimmte Berufsgruppen wie Selbstständige, Unternehmer, Anwälte und Notare aufgrund der harschen Nebentätigkeitsbestimmungen abgeschreckt würden, sich um einen Einzug ins Parlament zu bewerben. JK

„Versöhnen statt spalten“ ...

... – dieses Leitmotiv des politischen Wirkens von Johannes Rau ist Titel des im Oberhausener assoverlag erschienenen Buchs, das in der Düsseldorfer Villa Horion vorgestellt worden ist. In Anwesenheit von Christina Rau (M.), der Witwe des langjährigen NRW-Ministerpräsidenten und früheren Bundespräsidenten, führte Altbundespräsident Richard von Weizsäcker (r.) in das von den beiden Historikern Klaus Tenfelde und Jürgen Mittag herausgegebene Werk ein. Landtagspräsidentin Regina van Dinter (L.) betonte in ihrer Begrüßung, kein anderer Ort sei für diese Präsentation so geeignet wie die Villa Horion. An diesem geschichtsträchtigen Ort habe Rau das Land regiert. Markenzeichen und Leitmotiv seiner Politik sei das viel zitierte Wort „Versöhnen statt spalten“ gewesen. Das habe ihn bei den Menschen so beliebt und sein Wirken so erfolgreich gemacht.

Foto: Schälte



Monika Düker (vorn) begründet den Antrag ihrer Fraktion. Im Hintergrund Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter.

Fotos: Schalte

Arrest als „Warnschuss“

Bei jungen Intensivtätern soll die Strafe der Tat auf dem Fuß folgen

Jugendkriminalität und Jugendstrafvollzug bewegen Öffentlichkeit und Politik. Auch auf der Tagesordnung des Landtags spielten die beiden Themen eine Rolle: Mehr Personal in Justiz und im Jugendstrafvollzug und keine Verschärfung des Jugendstrafrechts fordert die Fraktion der Grünen in ihrem Antrag (Drs. 14/6003). Die SPD-Fraktion verlangt in ihrem Antrag (Drs. 14/6005) unter Bezug auf das „erfolgreiche Projekt der Jugendhilfe in Bedburg-Hau“ von der Landesregierung, dass ermittelte jugendliche Straftäter so schnell wie möglich angeklagt und verurteilt werden. Beide Anträge wurden in direkter Abstimmung von der Koalitionsmehrheit abgelehnt.

Monika Düker (GRÜNE) führte den Fall Siegburg an und wies darauf hin, dass „wir zum Zeitpunkt des Foltermordes einen Schlüssel von einem Sozialarbeiter auf 70 Jugendliche hatten“. Die Situation habe sich nicht wesentlich verbessert. Es gebe zu wenig Plätze, um Untersuchungshaft von Jugendlichen zu vermeiden. Die Abgeordnete: „Diese Situation müssen wir beenden. Wir müssen unsere Jugendstrafanstalten in die Lage versetzen, den Resozialisierungsgedanken wirklich umzusetzen.“ Sie forderte die Landesregierung auf, „anstatt die Jugendlichen in die Knäste zu schicken mit Rückfallquoten bis zu 80 Prozent, können Sie sie wie in Baden-Württemberg auch in Jugendhilfeeinrichtungen bringen.“

Ralf Jäger (SPD) stellte klar, dass „wir in Deutschland und Nordrhein-Westfalen relativ sicher leben“.

Außerdem hätten wir im Jugendstrafrecht kein Gesetzesdefizit. Der Abgeordnete: „Die existierenden Gesetze sind völlig ausreichend. Wir haben ein Vollzugsdefizit.“ Er sprach sich deutlich gegen einen Warnschussarrest (Jäger: „Welch eine martialische Begrifflichkeit!“) aus: „Sie wollen Jugendliche sofort in den Knast stecken. Das bedeutet, wie die Zahlen zeigen, nichts anderes, als dass Sie Jugendlichen die Bauanleitung für eine spätere kriminelle Karriere direkt in die Hand geben.“ In den Häusern der Justizministerin und des Integrationsministers herrsche „null“ Ahnung zu den Themen Unterbringung von Intensivstraf Tätern und zu Konzepten zu pädagogischen und therapeutischen Einrichtungen. Es gebe „null“ Plätze und „null“ Geld.

Peter Biesenbach (CDU) verwies auf das 20-Punkte-Programm, das die Landesregierung



Ralf Jäger (SPD)



Peter Biesenbach (CDU)



Dr. Robert Orth (FDP)

schon am 7. November 2006 beschlossen habe. Der Katalog sei ein anschaulicher Beweis dafür, „dass die Landesregierung dem Phänomen der Jugendkriminalität frühzeitig und auf allen Ebenen der primären Kinder- und Kriminalprävention begegnen will“. Außerdem betonte er, dass es sich „um eine ganz kleine Gruppe der Intensivtäter“ gehandelt habe, als man von Erziehungscamps sprach. „Das sind diejenigen, die bereits im zarten Alter von 14 plötzlich bei der Polizei mit 150 bis 200 Eintragungen auftauchen“, erklärte Biesenbach. Diese erreiche man mit den gegenwärtigen Modellen der Jugendhilfepolitik nicht. Für sie suche man ein neues Modell, das auch dann „griffig“ sei, wenn es freiheitsentziehender Maßnahmen bedürfe.

Dr. Robert Orth (FDP) machte deutlich, dass „die FDP keine so genannten Erziehungscamps will“. Zum Thema Warnschussarrest sagte er, dass dieser nötig sei, da „ein Jugendlicher, der einen Raub begeht und in aller Regel automatisch eine Bewährungsstrafe bekommt, das als eine Bestrafung empfindet, bei der nichts passiert“. Man benötige den Warnschussarrest, um längere Haftstrafen zu vermeiden, „die häufig einen negativen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung haben“. Die FDP wolle eine Umwandlung des Systems: Die Jugendstrafe als solche nicht heraufsetzen, sondern die Instrumente der Jugendgerichtsgesetze auch über 18 hinaus auf 24 bis 26 Jahre ausdehnen – je nach Reife und Einsichtsfähigkeit, „um die Entwicklung der jungen Menschen besser berücksichtigen zu können“.

Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (CDU) sagte, eine wirksame Bekämpfung der Jugendkriminalität setze voraus, dass man die Justiz in die Lage versetzt, angemessen darauf reagieren zu können. Dies könne nur mit Hilfe eines breit gefächerten Sanktionskatalogs gelingen. „Ein solcher Warnarrest muss direkt zu Beginn der Bewährungszeit vollstreckt werden und erzieherisch ausgestaltet sein“, so die Ministerin. Oberstes Ziel müsse es dabei sein, „jugendlichen Straftätern Sanktionen aufzuerlegen, die ihnen das Unrecht ihrer Tat hinreichend vor Augen führen, die spürbar erzieherisch auf sie einwirken und die gleichzeitig dem Genugtuungsinteresse des Opfers angemessen Rechnung tragen“.

Lutz Lienenkämper (CDU) fand im Gegensatz zum Antrag der Grünen, für den Landtag gebe es keinen Grund, das Enteignungsgesetz aufzuheben. Er könne nämlich auf Inhalt und Ablauf von Verwaltungs- und Gerichtsverfahren keinen Einfluss nehmen. Zu fordern sei allerdings, dass die Sicherheit streng geprüft werde, bevor die Pipeline in Betrieb gehe. Für ein Industrieland wie NRW müssten aber Vorhaben möglich sein, „die den Standort sichern, Arbeitsplätze festigen und die Konkurrenzfähigkeit von Produktionsstandorten in Deutschland verbessern helfen“. An den Bayerkonzern richtete Lienenkämper die Aufforderung, im Interesse eines Höchstmaßes an Sicherheit weitere Verbesserungen zu prüfen, die Kommunikation im Interesse einer offensiven Aufklärungsarbeit zu optimieren und für die betroffenen Menschen „im Rahmen des rechtlich und technisch Machbaren weitestgehende Kompromissbereitschaft bei allen Einzelsorgen und Einzelproblemen, die von Bürgern an das Unternehmen herangetragen werden, zu zeigen“.

Norbert Römer (SPD) meinte zur Koalition, es könne nicht angehen, dass die Landesregierung glaube, sich hinter der Bezirksregierung „verstecken zu können“. Eine Regierung werde nicht gewählt, um zu verwalten, sondern „um politisch zu gestalten und politisch zu handeln“. Er forderte Schwarz-Gelb auf, „direkt vor Ort die Menschen über die Pipeline und über den weiteren Fortgang zu informieren, aufzuklären, sich den Fragen und auch der Kritik zu stellen – auch und besonders dann, wenn es wehtut“. Die Landesregierung überlasse das Feld den Kommunalpolitikern vor Ort und den örtlichen Landtagsabgeordneten. Die aber bräuchten nicht den „Fingerzeig der Landesregierung aus sicherer Entfernung“, sondern die tatkräftige Unterstützung durch die Regierung, „wenn die Landesregierung dieses Projekt tatsächlich zum Erfolg bringen will. Und das vermissen wir bis heute“. Für industrielle Großprojekte sei auf Dauer die Akzeptanz der Menschen erforderlich. Römer verlangte, die Regierung sollte endlich Konsequenzen aus dem OVG-Beschluss ableiten, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst nehmen und einen weiteren Sachverständigen beauftragen, das Sicherheitskonzept zu begutachten.

Holger Ellerbrock (FDP) hielt dem SPD-Sprecher „Heuchelei“ vor. Erst habe er vor Monaten einen Baustopp gefordert, jetzt sage er, das Projekt sei notwendig – so werde man zum „Weltmeister im Abtauchen“. Die Liberalen seien von der Gemeinwohlorientierung des Enteignungsgesetzes „zutiefst überzeugt. Wir sagen nach wie vor Ja zu diesem Gesetz.“ Er hielt nichts davon, dass „Urängste der Menschen geschürt werden“. So etwas sei unverantwortlich und unmenschlich, betonte der Abgeordnete, der einen Lernerfolg für sich konstatierte: Es sei zu überlegen, ob Baurecht geschaffen werden soll, bevor der Alarm- und Gefahrenabwehrplan genehmigt sei. Zum anderen „müssen wir in dem Verfahren prüfen, ob dem Schutzgut

Grüne: Gesetz zurücknehmen

Mehrheit will kein Aus für die umstrittene Chemiepipeline

Die Grünen haben den Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Enteignungsgesetzes für die „BAYER-Kohlenmonoxid-Pipeline“ (Drs. 14/5025) vorgelegt. Sie halten es nach einem Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Münster für verfassungswidrig und wollen es vom Landtag rückgängig machen lassen. Diesem Wunsch folgte das Plenum nicht. Mit großer Mehrheit haben die Abgeordneten in namentlicher Abstimmung den Gesetzentwurf abgelehnt: 157 Abgeordnete votierten für die Rohrleitung, elf stimmten mit Nein und vier enthielten sich.

Mensch expressis verbis nicht ein wesentlich deutlicherer und höherer Stellenwert zuzumessen ist, als wir bislang auf der kommunalen Seite zuzustehen bereit waren“.

Johannes Rimmel (GRÜNE) urteilte: „Bei diesem Projekt stimmt nichts mehr.“ Weil aber der Landtag durch einen gemeinsamen Beschluss Verantwortung für das Projekt übernommen habe, „gibt es eine besondere Verpflichtung, jederzeit zu überprüfen, ob die Ausgangsbedingungen, die rechtlichen Grundlagen und die geplante Ausführung noch stimmen“. Der OVG-Beschluss sei Auftrag an den Gesetzgeber, tätig zu werden. Er habe in seinen Augen der Pipeline das Fundament entzogen. Es werde immer deutlicher, „dass sie ausschließlich den wirtschaftlichen Interessen des Konzerns und eben nicht dem Allgemeinwohl dient“. Der Abgeordnete wörtlich: „Die Zeit ist reif, um einen Schlussstrich zu ziehen. Die CO-Pipeline muss jetzt vom Tisch. Das Enteignungsgesetz muss jetzt aufgehoben werden“. Wenn man die Abstimmung verliere, dann sei er sicher: „Wir sehen uns wieder.“

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) nannte es falsch zu behaupten, das OVG habe das Gesetz als verfassungswidrig eingestuft. Die aufgeworfenen Fragen betrafen allein die Ebene der Plansfeststellung: „Schon vor diesem Hintergrund gibt es aus Sicht der Landesregierung keine Veranlassung, das Gesetz aufzuheben.“ Zur Sicherheit habe das Gericht keine grundsätzlichen Bedenken geäußert, sondern ergänzende Fragen formuliert. Sie rief in Erinnerung, dass NRW die europäische Chemieregion sei. 100.000 Menschen würden beschäftigt. Das bislang in Dormagen in die Luft entlassene CO₂ werde in CO aufgespalten und mit der Rohrleitung als Rohstoff genutzt. Die Landesregierung habe sich zu keiner Zeit einem Dialog verweigert. Auch jetzt stünden sie und die Bezirksregierung den Bürgerinnen und Bürgern für Gespräche zur Verfügung – dieses Angebot müsse von den Adressaten aber auch angenommen werden. Beide nähmen die Sorgen der Bevölkerung um Gesundheit und Eigentum ernst und würden das „Mögliche tun, um die Restrisiken für die Bevölkerung entlang der Rohr- und Fernleitungsanlage so gering wie möglich zu halten“.

Foto: Schälte

Stoff, aus dem Albträume sind?

Abgeordnete debattieren über PFT im Trinkwasser/Entwarnung

„Es gibt kein PFT-Problem in der Ruhr.“ Diese Meinung vertrat die Mehrheit der Abgeordneten Ende Januar im Plenum. Die Fraktion der Grünen, die die Aktuelle Stunde dazu beantragt hatte, sah das anders: Sie erhob schwere Vorwürfe gegen den zuständigen Umweltminister. PFT ist die Abkürzung für perfluorierte Tenside, einen Stoff, der in der Industrie vielfältige Verwendung findet und in Verdacht steht, sich im Menschen anzureichern und Krebs auslösen zu können.

Kontrahenten in Sachen PFT: Johannes Remmel (unten) und Minister Uhlenberg (oben). Fotos: Schälte

Johannes Remmel (GRÜNE) erklärte: Die zentrale Frage sei und bleibe, wer die Verursacher der PFT-Belastung in der Ruhr seien. Dazu erhob er vier schwere Vorwürfe. Erstens warf er dem zuständigen Minister Uhlenberg vor, Informationen zu verweigern und zu verheimlichen. Schließlich habe dieser bis heute nicht die industriellen Indirekt-Einleiter genannt. Der zweite Vorwurf lautete, Daten würden frisiert, vertuscht und als Halbwahrheiten verbreitet. Zum Beispiel verstellten Durchschnittswerte den Blick auf Spitzenbelastungen. Vorwurf 3: Daten würden manipuliert und Falschmeldungen verbreitet. Schließlich warf Remmel dem Minister vor, wesentliche PFT-Hauptverursacher zu schonen und Trinkwasserverschmutzung in Kauf zu nehmen: „Seit über 20 Monaten ist der PFT-Umweltskandal in NRW immer noch nicht aufgeklärt“, sagte Remmel, „der Minister lässt über ein Dreivierteljahr tatenlos PFT-Einträge in das Trinkwasser von Millionen Menschen im Ruhrgebiet gelangen.“

Friedhelm Ortgies (CDU) bezeichnete das Thema PFT als „Steckenpferd von Herrn Remmel“. Fakt sei, dass keine Gesundheitsgefahr bestehe. Grundlage der Debatte sei ein falscher Zeitungsartikel, Verbrauchertäuschung auf nachlässig recherchierter Basis. PFT sei eine weltweit eingesetzte Substanz. NRW aber habe als einziges (Bundes-)

Land eine PFT-Datenbank angelegt: „In anderen Ländern wird gar nicht gemessen!“, so Ortgies, „NRW hat sogar eine Bundesratsinitiative gegen PFT eingebracht!“ Daten würden nicht gelöscht, sondern stünden im Internet. Der Abgeordnete Remmel schade dem Wirtschaftsfaktor NRW, indem er ungeprüft einen schlecht recherchierten Artikel übernommen habe. Ortgies: „Sie haben sich schlicht und einfach blamiert.“

Norbert Römer (SPD) erklärte, es sei gut, dass der Minister die vielen Listen im Internet veröffentlicht habe. Allerdings seien sie nicht verbraucherfreundlich präsentiert. „Sie sprechen dabei nur ein Fachpublikum an. Wer soll denn als Nicht-Chemiker oder als Nicht-Hydrologe mit den vielen Hinweisen nach Gramm, Nanogramm, Gramm pro Tag oder Fracht und Konzentration klarkommen?“, fragte Römer und forderte ein Risikokataster, aus dem ersichtlich werde, aus welchen Quellen PFT und andere Stoffe freigesetzt würden. Der PFT-

Skandal sei aufgefliegen, weil ein unabhängiges Institut zufällig Analysen gemacht hat: „Zufällig, also keine geplante Kontrolle. Das zeigt doch: Wir brauchen ein systematischeres Vorgehen. Wir brauchen deshalb ein Risikokataster, damit man sieht, wo und wer welche Stoffe ins Wasser einleitet“, so der Abgeordnete.

Holger Ellerbrock (FDP) sagte, es gebe kein PFT-Problem im Trinkwasser. Die Menschen an der Ruhr könnten ihr Trinkwasser ohne Einschränkung genießen. Der Vorwurf der Desinformation sei ebenfalls falsch: „Der Umweltausschuss und auch die Öffentlichkeit sind laufend und ausführlich von der Umweltbehörde über den Fortgang informiert worden.“ Das Umweltbundesamt, das nicht in Verdacht stehe, Gefahren zu verharmlosen, habe ebenfalls bekannt gegeben, es bestehe kein Anlass zur Besorgnis. Sorge machte Ellerbrock vielmehr etwas anderes: „Es handelt sich hier um die persönliche Verunglimpfung des Ministers. Das ist wirklich schlimm und gehört sich nicht. Derartige Anschuldigen überschreiten eindeutig die Grenzen der politischen Auseinandersetzung!“

Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) stellte vor den Abgeordneten fest: „Ich habe von Anfang an bei diesem Problem eine Politik der umfassenden und lückenlosen Information und Aufklärung betrieben. Ich habe in den vergangenen zwei Jahren intensiv über das Thema PFT berichtet. Auf der Internetseite meines Ministeriums gibt es ein in diesem Umfang einzigartiges Datenmaterial.“ Die Vorwürfe der Fälschung und Vertuschung seien deshalb grotesk. Er habe auch gar keinen Grund, Daten zu manipulieren, angesichts der Erfolge, die er erreicht habe: „Überall in Nordrhein-Westfalen, auch an der Ruhr, halten die Wasserwerke den strengen und eigentlich erst langfristig zu erreichenden Zielwert von 100 Nanogramm pro Liter Trinkwasser für PFT ein“, betonte der Minister. ■



Sinn und Unsinn von Subventionen

Multi macht Produktionsstätte dicht/Auch Chance für einen Neuanfang

In wenigen Tagen, am 28. Februar, kommt in Finnland der Aufsichtsrat des Nokiakonzerns zusammen. Vermutlich beschließt er das endgültige Ende der Handyproduktion in Bochum. 2.300 fest angestellte Frauen und Männer verlieren Mitte des Jahres ihren Arbeitsplatz. Weitere 1.000 Leiharbeiter können sich nach einem neuen Job umsehen. Nach der Sitzung wird deutlich, mit welchen Maßnahmen das Unternehmen diesen Verlust abzufedern gedenkt.

Foto: Schälte

Connecting People“, so lautet der Werbespruch des weltweit agierenden finnischen Multis. Mit einem Anteil von 40 Prozent ist Nokia Nummer eins auf dem Weltmarkt der Handyhersteller. Diese Sparte hat im vergangenen Jahr einen Rekordgewinn von 7,2 Milliarden Euro für das Unternehmen eingefahren – ein Sprung von 67 Prozent. Bochum hat dazu nach Kräften beigetragen, aber in den Augen der Manager eben nicht genug. Hier werden derzeit acht Handylinien montiert und verpackt, seit 2007 sind allerdings nicht mehr die weltweiten Absatzträger darunter. Absicht, um die Schließung von langer Hand vorzubereiten? Jedenfalls rechnen Firmensprecher vor, der Standort Bochum habe das höchste Kosteniveau. Hier würden sechs Prozent aller Handys hergestellt, aber es fielen 23 Prozent der gesamten direkten Lohnkosten im Konzern an. So erhält das Urteil von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück Bedeutung, der gesagt hat: „Bochum wird nicht geschlossen, weil es Verluste gemacht hat, sondern weil es nicht genug Gewinne gemacht hat.“ Logik in den Zeiten der Globalisierung.

Aber ist Nokia wirklich nur der kaltschnäuzige Multi, wie er immer wieder dargestellt wird? Was ist mit der viel gerühmten Unternehmenskultur, wo alle sich duzen, die Türen offenstehen und keine hierarchischen Schranken den Umgang erschweren? Die Bochumer Nokianer hatten bis vor Kurzem den Eindruck, sie arbeiteten in einer großen Familie. Nokia hat in Bochum 61 Millionen Euro an Subventionen vom Land NRW erhalten, unbestritten. Aber es hat auch seit 1999 in den Standort Bochum nach eigenen Angaben 350 Millionen Euro investiert. Hat Nokia nun die im Förderungsbescheid geforderte Zahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen geschaffen, ist man darunter geblieben, hat man darüber gegenüber dem Subventionsgeber berichtet und wie hat der sich verhalten? Das interessiert nicht nur die Fachleute der Landesregierung und die Unternehmensjuristen, die sich mit der Rückzahlungsforderung des Landes in Höhe von

41 Millionen Euro auseinanderzusetzen haben, sondern auch Öffentlichkeit und Steuerzahler.

MITTELSTAND

Der Steuerzahler sitzt mit am Tisch, wenn über die Rückforderung gerungen wird. Er ist mit dabei, wenn über Sinn und Unsinn von Subventionen zu reden sein wird. Ein großes Unternehmen, das in einem strukturschwachen Gebiet über 2.000 Arbeitsplätze zu schaffen verspricht, kann sich des Wohlwollens der Politik sicher sein. Der Fall Nokia Bochum zeigt in seiner weiteren Entwicklung aber auch: Steuergelder für weltweit operierende Großunternehmen sind ein zweischneidiges Instrument. Die schwarzgelbe Landesregierung hat daraus den Schluss gezogen, nicht mehr Großkonzerne zu fördern, sondern in erster Linie mittelständische Unternehmen darin zu unterstützen, Arbeitsplätze zu schaffen. Vielleicht gelingt es auch den in der Region verankerten Mittelständlern besser, die neu geschaffenen Arbeitsplätze enger mit dem Forschungspotenzial vor Ort zu vernetzen und damit zukunftssicherer zu machen. Diese Verknüpfung mit dem Know-how etwa der Ruhr-Universität Bochum war im Fall Nokia viel zu wenig entwickelt. Die 300 Arbeitsplätze im Be-

reich Forschung und Entwicklung von Nokia Bochum haben die besten Aussichten, gerettet zu werden und die Keimzelle für einen Neuanfang in einem modernen Industriepark zu bilden, wie ihn NRW-Wirtschaftsministerin Christa Thoben ins Gespräch gebracht hat. Wenn man sich nicht zu sehr auf das Produkt Handy konzentriert, sondern nach neuen Anwendungen sucht, könnten sich neue Perspektiven auftun. Der Konzern Nokia hat das offenbar schon erkannt. Es wird gemunkelt, Bochum sei das erste Opfer einer Neuausrichtung des Handyherstellers, der plane, verstärkt in das Geschäft mit Software-Angeboten wie GPS oder MP3 einzusteigen.

Im rumänischen Jucu, wo Nokia 60 Millionen Euro in der ersten Phase investiert, muss das Unternehmen vorerst keine Immobiliensteuer für Grundstücke und Fabrikhallen zahlen. Hier in Siebenbürgen arbeiten zunächst 350 Mitarbeiter, bis Ende 2009 soll die Zahl auf 3.500 Leute hochgefahren werden. Die Facharbeiter erhalten nach Angaben rumänischer Zeitungen 200 Euro monatlich – die Hälfte eines rumänischen Durchschnittsgehalts. Die Steuern müssen nachgezahlt werden, wenn Nokia in Rumänien vorzeitig seine Zelte abbricht, also vor Ablauf von 30 Jahren. Es scheint, dass der „Karawanen-Kapitalismus“ (Steinbrück) in Jucu eine längere Pause als in Bochum einlegen wird. JK

Empörung über „Subventions-Heuschrecken“

Landtag erörtert gesamtwirtschaftliche Lage im Land

Die drohenden Arbeitsplatzverluste bei Nokia in Bochum und die aktuelle Entwicklung bei der WestLB waren auf Antrag von CDU, FDP und SPD das Thema der Aktuellen Stunde in der Plenarsitzung am 23. Januar. Zum Auftakt der Aktuellen Stunde unterrichteten Wirtschaftsministerin Christa Thoben und Finanzminister Dr. Helmut Linssen (beide CDU) die Abgeordneten über die Wirtschaftslage. Die Überschrift lautete: „Starkes Wachstum – Chancen für alle. Zur Lage der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen.“

Enge Abstimmung und Zusammenarbeit:
Finanzminister Linssen und Wirtschaftsministerin Thoben.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) erinnerte daran, dass sich die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Beginn des neuen Jahres zwar eingetrübt hätten. Dennoch habe NRW keinen Grund, sich entmutigen zu lassen. Nach Berechnungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts (RWI) habe im Jahr 2007 die Wachstumsrate des Landes 2,6 Prozent erreicht. Für das laufende Jahr werde erwartet, dass NRW um 1,8 Prozent zulege. Dieser Aufschwung komme bei den Menschen in NRW an, insbesondere bei den Arbeitslosen. So sei die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen Januar und Oktober 2007 um über 186.000 auf 5,8 Millionen gestiegen. Globalisierung sei eine Chance für NRW. So wie Nokia sich verhalten habe, so gehe man nicht mit Arbeitnehmern um, sagte die Ministerin. Allerdings sei Nokia offensichtlich aufgewacht. Man habe in den Zeitungen heute lesen können, dass Nokia Fehler in der Kommunikation zugebe und nach Lösungen suche. Das Land prüfe seinerseits, ob es die 60,9 Millionen Euro aus dem Regionalen Wirtschaftsförderungsprogramm des Landes zurückfordern könne. Unmittelbar nach Regierungsübernahme, im Herbst 2005, habe die schwarz-gelbe Landesregierung die Wirtschaftsförderung bereits umgestellt auf kleine und mittlere Betriebe. Subventionen seien nicht für internationale, reiche Konzerne gedacht: „Solche Unternehmen bekommen von uns keine Mittel mehr“, betonte Thoben. „Mit uns wird es einen Fall wie Nokia nicht mehr geben!“

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) ging anschließend auf die Situation der angeschlagenen Westdeutschen Landesbank (WestLB) ein. Das Kabinett habe bekräftigt, als Mit-Eigentümer werde das Land helfen, die Verluste der Bank auszugleichen und die geplante Kapitalerhöhung umzusetzen. „Es ist unsere größte Beteiligung“, sagte Linssen, „wir sollten alles tun, um unser Eigentum vor Schaden zu bewahren.“ Da für das Geschäftsjahr 2007 ein Verlust von einer Milliarde Euro erwartet werde und zusätzlich annähernd eine Milliarde Euro als Wertminderung hinzukomme, müsse NRW von diesen zwei Milliarden Euro rechnerisch 760 Millionen Euro bereitstellen. Denn das Land habe einen 38-Prozent-Anteil an der WestLB. „Wir prüfen zurzeit verschiedene Finanzierungsmöglichkeiten“, erklärte der Minister. „Wir wollen dennoch an der Senkung der Netto-Neuverschuldung festhalten.“ Zwar handele es sich um eine „momentane Schwäche“ der Landesbank, der Abbau von Arbeitsplätzen bei der Bank sei aber unumgänglich, so der Finanzminister.

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, bezeichnete Thobens Rede als „Jubelarie“ und warf der Regierung vor, sie sei überrascht worden von den Problemen – weil sie nicht mit den Unternehmen rede, „nicht mal mit dem größten Subventionsempfänger in NRW“. Dabei habe Christa Thoben bereits vor Monaten den Strukturwandel für beendet erklärt. „Die Landesregierung hat kein Frühwarnsystem.

Sie kommt nur, wenn es brennt“, sagte Kraft. Nokia sei allerdings eine neue Dimension und von einer Härte, die man bisher in NRW nicht gekannt habe: „Eiskalt“, so ihr Urteil. Die Prüfung von Rückzahlungsansprüchen sei deshalb



Fotos: Schälte

Hannelore Kraft (SPD)

wichtig. Zur WestLB sagte Kraft, die Bank sei immer mehr ins Rutschen geraten und die Landesregierung habe zu spät gehandelt. Die Warnung der Opposition sei von der Regierung als „Stimmungsmache“ abgetan worden. Für die verlorene Zeit werde nun die Rechnung präsentiert: „Der Steuerzahler zahlt die Zeche für diese Risikostrategie.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, nannte den Beitrag seiner Vorrednerin „tatsachenfrei“ und wies alle Vorwürfe zurück. Er habe kalte Wut bekommen, als er gehört habe, Nokia wolle ohne Vorankündigung, ohne mit dem Betriebsrat zu sprechen, aus Bochum wegziehen. Der Vorstandsvorsitzende habe aber jetzt signalisiert, er sei bereit, mit der Wirtschaftsministerin nach Lösungen zu suchen. Im Übrigen befände sich das Ruhrgebiet in einer beeindruckenden Aufholjagd: „Wichtig ist der Saldo zwischen entstehenden und wegfallenden Arbeitsplätzen“, so Stahl. Zur WestLB sagte Stahl, diese Bank sei in den 90er-Jahren ein Flaggschiff gewesen. Durch Skandale während der rot-grünen Regierungszeit sei das Flaggschiff gesunken.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete das Verhalten des Nokia-Konzerns als „unanständig und inakzeptabel“. Es sei jedoch keinesfalls beispielhaft für das Funktionieren sozialer Marktwirtschaft. Vielmehr trage die alte Landesregierung mit den von ihr zu verantwortenden Subventionszahlungen an Großunternehmen eine Mitschuld. Die Koalition konzentriere ihre Förderpraxis hingegen auf kleine und mittelgroße Unternehmen, weil „die nicht direkt weiterziehen, sobald ein Subventionstopf leer ist“. Bezogen auf die WestLB sagte Papke: Es sei „an Absurdität nicht zu überbieten“, wenn die Opposition

sei mittlerweile stark genug, um auch solche Rückschläge zu schlucken. 250.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse seien ein klares Indiz für die erfolgreiche Wirtschaftspolitik des Landes.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, warf der Koalition vor, die Probleme im Land klein zu reden. Der Fall Nokia zeige, dass die Regierung von einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Standortpolitik weit entfernt sei. Subventionen seien nicht das richtige Mittel für Standortakquise. Stattdessen müsse man auf „echte Standortvorteile“ setzen. Neben vernünftiger Infrastruktur sei bestmögliche Bildung die Antwort auf die Globalisierung. Schwarz-Gelb halte hingegen an einem „leistungsfeindlichen Bildungssystem aus dem letzten Jahrhundert fest“. Zudem habe es die Landesregierung versäumt, frühzeitig Gespräche mit der Unternehmensführung von Nokia aufzunehmen. Die Standortschließung wäre dann vielleicht zu verhindern gewesen, so Löhrmann. Auch für das „Desaster“ bei der WestLB wies sie der Landesregierung Schuld zu: Eine frühzeitige Entscheidung für eine Fusion mit der LBBW hätte eine „klare Zukunftsperspektive“ für die WestLB dargestellt. Stattdessen habe der Ministerpräsident „gezögert und gezaudert“ und „die WestLB abgewirtschaftet“. Vor dem Hintergrund gebe es keinen Anlass für eine „Feierstunde“.

gewesen, die Gesprächsblockaden zwischen den Arbeitnehmervertretern und der Unternehmensleitung aufzulösen. Jetzt komme es darauf an, das Entgegenkommen von Nokia zu nutzen und den Menschen in Bochum eine berufliche Dauerperspektive zu eröffnen. Der Ministerpräsident machte im Plenum jedoch ebenso deutlich, „dass wir in Nordrhein-Westfalen in der Massenproduktion zukünftig schlechte Karten haben werden.“ Die Globalisierung der Wirtschaftsmärkte sei „eine zweite industrielle Revolution“, die neue Standortfaktoren wie Kreativität, Wissen und Bildung erforderlich mache. Zur Krise der WestLB erklärte Rüttgers: „Es ist nicht Aufgabe eines Landesbankers, auf internationalen Finanzmärkten herumzuzocken.“ Entschieden wies er daher die Kritik der Oppositionsfractionen zurück, politisch nicht rechtzeitig auf die Entwicklung der WestLB reagiert zu haben. „Sie kritisieren die Feuerwehr und nicht die Brandstifter.“ Nun müsse es gelingen, gemeinsam mit den weiteren Eigentümern der Bank ein neues und zukunftsfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln. Rüttgers betonte abschließend: „Ich hoffe, dass wir die Probleme in den Griff bekommen.“

Rüdiger Sagel (fraktionslos), bezeichnete das Handeln des Nokia-Konzerns als „schändlich und niederträchtig“. Hier zeige sich „Turbokapitalismus“ von seiner schlimmsten Seite. Die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



Helmut Stahl (CDU)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

bis heute eine Fusion mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) als Rettung für die WestLB zu verkaufen versuche. „Dabei wäre die WestLB unter die Räder gekommen“, so Papke. Er warnte davor, Nokia und WestLB zum Anlass zu nehmen, ein „Weltuntergangsszenario für das Ruhrgebiet“ auszumalen und den Finanzstandort NRW schlecht zu reden. NRW

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) warf den Oppositionsfractionen „Lust an der Krise“ vor. „Sie reden nicht nur die WestLB, sie reden den Standort Nordrhein-Westfalen systematisch kaputt“, meinte Rüttgers in Richtung Opposition. Zugleich bekräftigte er das Ziel, so viele Arbeitsplätze wie möglich am Standort Bochum zu retten. Es sei die richtige politische Strategie

fühlten sich von der Konzernleitung zu Recht „verraten und verkauft“. Er unterstütze daher ausdrücklich einen Boykott von Nokia-Produkten. Ungeachtet dieser Entwicklung laute das Plädoyer der Wirtschaftsministerin: „Alles ist gut.“ Und auch der Ministerpräsident stelle sich beim Thema WestLB aus der Verantwortung, so Sagel. ■

Aus in Bochum

Finnischer Riese in der Pflicht

Wirtschaftsausschuss diskutiert weiteres Vorgehen der Landespolitik

Eine deutschlandweite Welle der Solidarität hatte die Nokia-Mitarbeiter im Kampf um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze begleitet. Doch alle Anstrengungen konnten den Handy-Riesen nicht von seiner Entscheidung abbringen, das nordrhein-westfälische Werk im Sommer zu schließen. Einen Tag vor der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie (stellvertretender Vorsitz Dietmar Brockes, FDP) erhielt der Bochumer Betriebsrat die Nachricht vom endgültigen Aus. Wie die Landespolitik auf diese Entwicklung reagieren kann, das diskutierten die Abgeordneten zusammen mit Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU).

Mitglieder aller vier Fraktionen äußerten im Ausschuss ihre Enttäuschung darüber, dass der finnische Konzern unbeirrt an der Schließung in Bochum festhält. Ministerin Thoben betonte, die Landesregierung habe nichts unversucht gelassen, den Standort zu retten. „Doch wir müssen nun feststellen, dass Nokia von vornherein kein anderes Ziel verfolgt hat als die komplette Schließung“, so die Ministerin. Sie sieht das Unternehmen in der Pflicht, die Verlagerung der Produktion für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglichst verträglich zu

gestalten: „Wir hoffen und fordern, dass Nokia sich für jeden einzelnen Beschäftigten einsetzt und so am Ende alle 2.300 Menschen eine neue Perspektive haben werden.“

Für die SPD-Fraktion rief der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas Eiskirch die Landespolitik dazu auf, den Blick nach vorne zu richten. Nun komme es darauf an, der Bochumer Belegschaft neue Chancen zu eröffnen und die Wirtschaftsförderung der gesamten Region im Auge zu behalten. Eiskirch forderte langfristige Entwicklungskonzepte, die es ermöglichen, inno-

vative Wirtschaftspotenziale an den Bochumer Standort zu binden. Er gab zu bedenken, dass auch die betroffenen Zeit- und Leiharbeiter in den zu verhandelnden Sozialplänen Berücksichtigung finden müssten. „Diese Menschen sind keine Arbeitnehmer zweiter Klasse“, so Eiskirch. Zugleich kritisierte er, dass Wirtschaftsministerin Thoben die Landtagsabgeordneten nicht ausreichend über die weitere Verhandlungsstrategie der Landesregierung mit Nokia informiere.

Die wiederum wies in diesem Zusammenhang auf die Arbeitsgruppe hin, in der die Landesregierung die weiteren Verhandlungen mit Nokia führt. Sie bezeichnete es als unklug, schon vor diesen Treffen die Verhandlungsstrategie der Landesregierung preiszugeben. Zugleich wehrte sich die Ministerin gegen die Kritik des SPD-Abgeordneten Harald Schartau. Der ehemalige Wirtschaftsminister aus der letzten rot-grünen Landesregierung warf Thoben vor, nicht rechtzeitig die „Warnsignale“ aus der Handy-

Staatliche Zuschüsse auf dem Prüfstand

Abgeordnete wollen Licht in das Förderdickicht bringen

Mit Millionensubventionen hat das Land die Handyproduktion in Bochum unterstützt. Umso schmerzlicher ist Nokias Abschied für die nordrhein-westfälische Wirtschaftsförderung. Im Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Anke Brunn, SPD) fragten sich die Abgeordneten, inwieweit bereits die frühere rot-grüne Landesregierung von nicht eingehaltenen Förderauflagen wusste und ob das Land die Firma Nokia nicht schon früher zu einer Rückzahlung von Subventionen hätte auffordern müssen.

Über 500 neue Subventionsanträge muss das nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerium Jahr für Jahr bearbeiten. „Wenn ich diese Förderverfahren alle kontrollieren würde, dann käme ich nicht mehr zum Regieren“, erklärte Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) den Abgeordneten im Ausschuss. Sie bekräftigte, bis vor wenigen Wochen nichts von den unterschrittenen Beschäftigungszusagen im Bochumer Nokia-Werk gewusst zu haben. „Die Information über die

detaillierte Arbeitsplatzbesetzung ist dem Wirtschaftsministerium erst nach dem Stilllegungsbeschluss im Januar bekannt geworden“, so Thoben. „Seit dem Regierungswechsel ist kein einziges Papier zu Nokia auf meinem Schreibtisch gelandet.“ Statt der erforderlichen 2.860 Arbeitsplätze hatte das Unternehmen zuletzt 2.300 Stellen im Ruhrgebiet unterhalten. Dabei wären die Finnen gesetzlich verpflichtet gewesen, dem Land Nordrhein-Westfalen diese Unterschreitung unaufgefordert mitzuteilen. Ein

weiterer Grund für die Landesregierung, nun 41 Millionen Euro an geleisteten Subventionen vom Konzern zurückzufordern.

Ob Nokia allerdings tatsächlich zahlen muss und zahlen wird, das bezweifelten einige der Landtagsabgeordneten. „Der Rückzahlungsanspruch wird außerordentlich schwer durchzusetzen sein“, meinte zum Beispiel der CDU-Politiker Christian Weisbrich. Seine Skepsis begründete er mit Presseberichten der vergangenen Tage, nach denen der frühere SPD-Wirtschaftsminister Harald Schartau über die tatsächliche Anzahl an Nokia-Arbeitsplätzen informiert gewesen sei. Weisbrich äußerte die Vermutung: „Es war für die damalige rot-grüne Landesregierung im Vorfeld der Landtagswahlen 2005 einfach unbequem, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.“ Deshalb habe das Wirtschaftsministerium zu jenem Zeitpunkt keine Maßnahmen gegenüber Nokia ergriffen.

Schartau konterte, er habe zwar von der konkreten Arbeitsplatzsituation in Bochum gewusst. Die Handyproduktion in Nordrhein-Westfalen und der gesamten Bundesrepublik sei jedoch schon zum damaligen Zeitpunkt „ein höchst fragiles Geschäftsfeld“ gewesen. Zu seiner damals getroffenen „Ermessensent-

endgültig besiegelt

...en mit dem Betriebsrat kalt. Sie lehnen jede Alternative zur
...etzt wird um Sozialpläne und Abfindungen gerungen

KOMMENTAR

Nokia und der
Blick nach vorn

Von Wolfgang Post

Fotos: Schälte

branche wahrgenommen zu haben. Schon die Insolvenz des Handyherstellers BenQ im Jahr 2006 hätte nach Schartau Anlass für die Landesregierung sein müssen, sich auch mit der Nokia-Produktion in Bochum auseinanderzusetzen. Thoben bezeichnete Nokia und BenQ als „völlig unterschiedliche Fälle“, da das Bochumer Werk im Gegensatz zu den Produktionsstätten von BenQ nach wie vor profitabel sei.

Eben diesen Umstand nahm der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Lutz Lienenkämper, zum Anlass, die Kritik am Verhalten des Nokia-Konzerns zu erneuern. Das Unternehmen müsse mit einem nachhaltigen Vertrauensverlust rechnen. „Nokia ist gut beraten, Kompensationen über das gesetzlich vorgesehene Maß hinaus zu leisten“, betonte der Christdemokrat. Wirtschaftsministerin Thoben bekräftigte die Forderungen der Landesregierung, Nokia müsse Subventionen in Höhe von 41 Millionen Euro an Nordrhein-Westfalen zurückzahlen, da der Kon-

zern nicht die vorgeschriebene Anzahl von Mitarbeitern in Bochum beschäftigt habe.

Für eine Transparenz von Industriesubventionen sprach sich der Grünen-Abgeordnete Reiner Priggen aus. Die Landesregierung müsse künftig das Parlament über Art und Höhe von Subventionen unterrichten. So sei es möglich, Unternehmen öffentlich an ihre Versprechen zu binden. „Wir können darüber reden, ob so etwas tatsächlich sinnvoll ist“, entgegnete Thoben, verwies jedoch auf den Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dietmar Brockes, wollte abschließend von der Ministerin erfahren, wie sie die Erfolgsaussichten der Subventionsrückforderungen einschätze – auch vor dem Hintergrund, dass Vertreter der früheren Landesregierung von der zu geringen Anzahl an subventionierten Arbeitsplätzen im Bochumer Werk gewusst hätten. Thobens Antwort: „Unser Juristen prüfen die Chancen.“ SW

scheidung“ habe außerdem die Standortkrise im Bochumer Opelwerk beigetragen, das 2005 von der kompletten Schließung bedroht war. „Deswegen musste ein Höchstmaß an Sensibilität an den Tag gelegt werden“, erklärte Schartau. Wirtschaftsministerin Thoben jedoch betonte, im Ministerium seien keinerlei schriftliche Unterlagen zu dieser „Ermessensentscheidung“ aufzufinden.

„BESCHÄMEND“

Mit Blick auf die ungewisse Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer forderte Schartau Fraktionskollege Thomas Eiskirch die Politiker im Haushalts- und Finanzausschuss auf, in der aktuellen Situation keine unnötigen „Nebenkriegsschauplätze“ zu eröffnen. Die nun versuchten Schulzuweisungen seien „beschämend für die betroffenen Menschen“. Das Parlament müsse sich gemeinsam mit der Landesregierung darauf konzentrieren, Nokia in die Verantwortung zu nehmen. „Selbst wenn Nordrhein-Westfalen die Fördergelder zurück erhält, wird dies nichts ins Positive wenden“, gab der haushaltspolitische Sprecher der Grünen,

Ewald Groth, zu Protokoll. Er sprach sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, die Förderverfahren des Landes und die Subventionszahlungen für Wirtschaftsunternehmen in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss auf den Prüfstand zu stellen. Erforderlich seien dauerhafte Kontrollmechanismen, die darüber Auskunft gäben, ob Unternehmen die Subventionsbedingungen tatsächlich eingehalten hätten. Auch der fraktionslose Abgeordnete Rüdiger Sagel forderte einen Untersuchungsausschuss zur Förderpraxis in Nordrhein-Westfalen.

Wirtschaftsministerin Thoben äußerte vor den Landtagsabgeordneten schließlich erste Überlegungen, wie es in Bochum ohne Nokia weitergehen könne. Sie wolle sich dafür einsetzen, den Forschungs- und Entwicklungszweig von Nokia in Bochum zu erhalten. Außerdem sei gemeinsam mit der Stadt Bochum zu überlegen, ob rund um das Werksgelände ein neuer Industriepark gegründet werden könne. SW

„Es geht um Menschen ohne Job“

Anhörung: Arbeitslosenzentren sehen ihr Wirken in Gefahr

„Ohne öffentliche Fördermittel kommt die gesamte Finanzierung ins Wanken. Fällt der Landeszuschuss weg, so ist das Arbeitslosenzentrum in seinem Bestand gefährdet.“ Die Verantwortlichen von „Sprungbrett“, dem Arbeitslosenzentrum der evangelischen Kirchengemeinde Frechen, drücken aus, was zahlreiche andere Beratungs- und Betreuungseinrichtungen im Land befürchten: Dass sie in Kürze ihr niederschwelliges, freiwilliges und individuelles Angebot zur Beratung und Betreuung von arbeitslosen, bedürftigen und benachteiligten Menschen nicht oder nicht in der bisherigen Form aufrecht erhalten können.

Die NRW-Landesregierung hat angekündigt, was andere Flächenländer schon umgesetzt haben: aus der Förderung von Arbeitslose unterstützenden Einrichtungen Ende September dieses Jahres auszusteigen. Es geht bei dieser Förderung im Wesentlichen um Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), die vom Land bisher an die Träger „durchgereicht“ wurden. Für die jetzt anlaufende zweite ESF-Förderperiode stehen weniger Gelder zur Verfügung. Außerdem hat der Bundesgesetzgeber die Zuständigkeiten für die Betreuung von Arbeitslosen 2005 neu geregelt. Hinzu kommt ein Systemwechsel in der öffentlichen Förderung des Landes: Die Landesregierung will weg von der Projektförderung. Sie will nicht „mit der Gießkanne“ in Strukturen investieren, sondern möchte sicherstellen, dass die Hilfe gezielt beim Betroffenen ankommt.

Veränderung bringt Unruhe. So wunderte sich niemand, dass die öffentliche Anhörung über den SPD-Antrag (Drs. 14/4866) mit dem Thema „Finanzierung und Leistungsangebot der Arbeitslosenzentren und -beratungsstellen sichern“ im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales so engagiert geführt wurde. Ausschussvorsitzender Günter Garbrecht (SPD) konnte dazu neben den zahlreich erschienenen Ausschussmitgliedern eine lange Reihe von Expertinnen und Experten und noch mehr fachkundige Zuhörer und Zuhörerinnen begrüßen.

Sie bewegte vor allem die Frage: Das Land zieht sich zurück, wer übernimmt den Anteil? Denn aus eigenen Mitteln, Spenden, Zuwendungen, aus dem Erlös von Wohltätigkeitsbasaren oder Kleidersammlungen lässt sich die

Lücke nicht füllen. Was ist mit den Städten und Gemeinden – können (oder müssen) diese einspringen und die Arbeit der Zentren retten? Die Kommunen verweisen in der Regel auf ihre angespannte finanzielle Lage, auf ein genehmigtes oder ungenehmigtes Haushaltssicherungskonzept, das ihnen die Hände bindet.

Außerdem: Warum Gelder für eine Einrichtung, die mit ihren oft wenigen festangestellten und mit zumeist ehrenamtlichen Kräften zwar verdienstvolle und unabhängige Arbeit leistet, wenn es doch an vielen Orten neben den kompetenten kommunalen Angeboten wie

Schuldner-, Sucht- und psychosoziale Beratung die „Argen“ gibt? Mit ihrem engagierten und professionellen Personal seien die in der Lage, in Not geratenen Menschen die gesetzlich vorgesehenen Hilfen zum Lebensunterhalt zukommen zu lassen und ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt gezielt zu betreiben.

RICHTERSPRUCH

Ihr „Kundenkreis“, konterten darauf die Träger der Zentren, gehe weit über die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen hinaus: Betreut würden auch Menschen in prekärer Beschäftigung, Berufsrückkehrerinnen, Facharbeiter mit entwertetem Abschluss, Aussiedler und Migrantinnen und Migranten. Man sei unabhängig. Die Klienten kämen freiwillig, sie müssten keine Sanktionen fürchten: Sie würden nicht erst beraten und dann bestraft, wenn sie gegen Auflagen verstoßen.

Ob die Unruhe, die die angekündigte Mittelkürzung ausgelöst hat, letztlich heilsam ist, steht noch in den Sternen. Denn die Argen wird es in ihrer bisherigen Form nicht mehr lange geben. Diese Arbeitsgemeinschaften aus der Bundesagentur für Arbeit und den Kreisen und kreisfreien Städten seien eine mit dem Grundgesetz nicht vereinbare Mischverwaltung, haben jüngst die Richter des Bundesverfassungsgerichts entschieden. Sie haben dem Gesetzgeber eine Frist von drei Jahren für die Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen eingeräumt.

Über diesen Umstand waren sich in der Anhörung alle im Klaren, ob Abgeordnete oder Anhörungsteilnehmer. So interessant die Strukturfrage auch sei, meinte ein Experte und stellte unter viel Beifall fest: „Es geht nicht um Träger und Argen, es geht um Menschen ohne Job und Leute mit Schwierigkeiten beim Lebensunterhalt.“ JK

900 Frechener Bürgerinnen und Bürger gaben ihre Unterschrift für den Erhalt des Arbeitslosenzentrums. Pfarrerin Almuth Koch-Torjuul (M.) reichte die Sammlung an den Ausschussvorsitzenden Günter Garbrecht (L.) weiter. Rechts im Bild Barbara Steffens, Sprecherin der Grünen im Ausschuss. Foto: Schälte



Zentrale Prüfungen an Waldorfschulen?

Schulausschuss erörtert Pläne der Landesregierung

Zentrale Abschlussprüfungen nach der Sekundarstufe I sind für Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen längst Realität und sollen ab dem kommenden Schuljahr auch für Absolventen der Waldorfschulen gelten. Über eine entsprechende Verordnung informierte die Landesregierung jetzt die Abgeordneten im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD).



Blick in die Schulausschusssitzung im Plenarsaal. Foto:Schälte

Bei Waldorfschulen handelt es sich um staatlich anerkannte Ersatzschulen in freier Trägerschaft. Wegen ihrer besonderen pädagogischen Prägung sind die Schulen nicht verpflichtet, sich an die staatlichen Vorgaben für Lehrpläne und Lehrerausbildung zu halten. Das bedeutet auf der anderen Seite, dass die Schulen nicht berechtigt sind, staatlich anerkannte Zeugnisse auszustellen, Berechtigungen zu verleihen oder Prüfungen abzunehmen. Die Landesregierung sieht die Aufgaben der Waldorfschulen jedoch auch darin, junge Menschen zu staatlich anerkannten Abschlüssen zu führen. Es sei notwendig, vergleichbare Standards für alle Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Darum will die Landesregierung die Waldorfschulen dazu verpflichten, ab dem Schuljahr 2008/09 an zentralen schriftlichen Abschlussprüfungen teilzunehmen. So werde den Schülerinnen und Schüler der Erwerb staatlich anerkannter Haupt- und Realschulabschlüsse ermöglicht.

Kritik an der geplanten Verordnung äußerten nicht nur die betroffenen Schüler und Lehrer, sondern auch die beiden Oppositionsfractionen von SPD und Grünen. Die schulpolitische Expertin der SPD, Ute Schäfer, sprach gleich zu Beginn der Diskussion von einem „Sturm der Entrüstung“, der sich quer durch das Land ziehe. Die Arbeit und die außerordentliche Pädagogik der nordrhein-westfälischen Waldorfschulen müssten gewürdigt werden, durch die geplante Verordnung allerdings würden die

Waldorfschüler gegenüber Schülern anderer Bildungseinrichtungen benachteiligt. Schäfer kritisierte außerdem, dass die Abschlussnote allein auf einer einzigen Klausur beruhe und die zuvor erbrachten Leistungen außen vor gelassen würden: „Es kann nicht sein, dass einerseits die Vornoten unberücksichtigt bleiben, da sie nicht staatlich anerkannt sind, andererseits aber die Abschlussnoten der Nicht-Prüfungsfächer auf dem Abschlusszeugnis aufgeführt werden.“ Die Abgeordnete bat eindringlich darum, vor der endgültigen Entscheidung über die Pläne den Dialog mit Lehrern, Eltern und Schülern zu suchen.

VERGLEICHBARKEIT

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) widersprach, sie sehe keinerlei Benachteiligung der Waldorfschüler, vielmehr finde momentan eine Privilegierung statt. Durch die Bereitstellung von Ressourcen bringe die Landesregierung ihre Wertschätzung des pädagogischen Profils zum Ausdruck. Wichtig sei es, gleiche Bedingungen für alle Schülerinnen und Schüler im Land zu schaffen. „Es muss Prüfungen geben, die zentralen Standards entsprechen“, so Pieper-von Heiden. Sigrid Beer (GRÜNE) führte dagegen an, bislang gebe es keine Benachteiligung der Waldorfschüler – durch die Verordnung sei diese jedoch explizit geplant. „Wir wollen Vergleichbarkeit, aber kei-

ne Gleichmacherei“, erklärte Beer. Für die SPD-Fraktion meinte Carina Gödecke, die Argumentation der Landesregierung sei in einigen Punkten sehr inkonsequent: „Sie werben für den Verordnungsentwurf damit, dass Sie die besondere Rolle der Waldorfschule in den Vordergrund stellen.“ Auch Gödecke wies ausdrücklich auf die Bedeutung eines Dialogs zwischen Abgeordneten und Betroffenen in dieser schulpolitischen Frage hin.

Michael Solf (CDU) betonte, er und seine Fraktion unterstützten ausdrücklich das pädagogische Konzept der Waldorfschule. Daher sei er betrübt, dass die Schülerinnen und Schüler im Glauben gelassen würden, sie seien durch die geplante Verordnung benachteiligt. Das sei nicht der Fall. Solf: „Wir müssen aber dafür sorgen, dass alle Schülerinnen und Schüler möglichst viel aus ihrer Schulzeit mitnehmen. In ihrem Interesse muss eine Vergleichbarkeit der Abschlüsse gewährleistet werden.“ Der Bitte um Expertengespräche verwehrt sich CDU-Sprecher Klaus Kaiser nicht. Die Frage bleibe jedoch: „Wie kann man der Gesellschaft aufzeigen, dass an Waldorfschulen die gleichen Standards existieren?“ Abschließend wandte sich Schulministerin Barbara Sommer (CDU) an die zahlreichen Waldorfschüler, die als Besucher im Landtag die Ausschussdiskussion verfolgten. Die Ministerin erklärte den jungen Leuten: „Es will Ihnen keiner Ihr Profil kaputt machen. Es geht darum, dass eine staatliche Prüfung eine staatliche Prüfung sein muss.“ MS

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 25. Februar 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer (0211) 884-4444 erforderlich.

+++

Die Rettung der krisengeschüttelten WestLB wird vorerst ohne Folgen für die Schuldenlast des Landes Nordrhein-Westfalen bleiben. Das betonte Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) im **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Anke Brunn, SPD). Der Minister kündigte an, die erste Rate aus dem vereinbarten Hilfspaket für die WestLB ohne eine Neuverschuldung für den Landeshaushalt leisten zu können. Die erforderlichen 380 Millionen Euro könnten durch höhere Steuereinnahmen und Minderausgaben im Landeshaushalt beglichen werden, so der Minister. Hierzu will er einen zweiten Nachtragshaushalt für das vergangene Jahr vorlegen. Die Oppositionsfraktionen im Finanzausschuss kritisierten, dass die WestLB ihre Geschäfte künftig verstärkt auf mittelständische Unternehmen ausdehnen dürfe. Dies sei nichts anderes als „ein Raubzug“ zu Lasten der Sparkassen in Nordrhein-Westfalen.

+++

Unsere Land ist kein kalt-schnäuziger Arbeitgeber“, betonte Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Auf Antrag der SPD-Fraktion diskutierten die Abgeordneten in einer Aktuellen Viertelstunde über die vollzogene Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung, die der Landtag mit den Stimmen der Regierungsfaktionen 2007 beschlossen hatte. Die Sozialdemokraten sahen einen „erheblichen politischen Beratungsbedarf“, da bereits drei Gerichte Zweifel am Übergang von Landesbeamten auf die Kommunen und Landschaftsverbände geäußert hätten. Zudem bringe die Kommunalisierung für die Beamtinnen und Beamten erhebliche Mehrbelas-

tungen mit sich, da sie nun eine mehrstündige Anreise zu ihren Dienststellen auf sich nehmen müssten. Arbeitsminister Laumann dagegen erklärte, sein Ministerium versuche alles, um die Folgen der Kommunalisierung möglichst erträglich zu gestalten: „Wir sind optimistisch, dass die neuen Verwaltungsstrukturen bald von allen Beteiligten angenommen werden.“

+++

Unlautere Telefonwerbung ist auch in Nordrhein-Westfalen ein zunehmendes Problem. Allein im Jahr 2006 gab es hierzu an Rhein und Ruhr über 40.000 Verbraucherbeschwerden. Diese Zahl nannte



Illustration: Peter Flock

Klaus Müller von der Verbraucherzentrale NRW im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). Die Ausschussmitglieder informierten sich in einem Expertengespräch über das wachsende Ausmaß der unseriösen Telefonwerbung und über die möglichen Rechtsmittel dagegen. „Die Gutgläubigkeit besonders von älteren Menschen wird am Telefon gezielt von den Unternehmen ausgenutzt“, berichtete Dr. Guido Klumpp von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO). So hätten bereits in unzähligen Fällen die Verbraucherinnen und Verbraucher nichtsahnend mündliche Verträge am Telefon abgeschlossen. Die schwarz-

gelbe Landesregierung will nun auf Bundesebene eine entsprechende Gesetzesinitiative gegen diese Form der Kundenwerbung begleiten.

+++

Für eine verstärkte Förderung von Juniorprofessuren setzte sich die SPD-Fraktion mit einem Antrag im **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) ein. Dazu sollten unter anderem konkrete Zielvereinbarungen mit den nordrhein-westfälischen Universitäten, spezielle Förderprogramme nach dem Vorbild Baden-Württembergs und das Angebot einer zeitlich befristeten Professur dienen. Die beiden Regierungsfaktionen von CDU und FDP sprachen in der Ausschussdebatte von einer prinzipiell „guten Absicht“, wollten jedoch die Autonomie der Hochschulen stärker betont wissen. Sie nannten den Wettbewerb zwischen den Hochschulen als besseres Mittel, um zukünftig die besten Nachwuchskräfte für die Forschung in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen. Christdemokraten und Liberale lehnten den Antrag daher mehrheitlich ab.

+++

Die „Städteregion Aachen“ soll kommen. Einstimmig sprachen sich die Fraktionen im **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Edgar Moron, SPD) dafür aus, die Stadt und den Kreis Aachen mit seinen dazugehörigen Gemeinden zu einem neuen Gemeindeverband zusammenzulegen. Als Vorbild dient die Region Hannover, die im November 2001 aus den Gemeinden des bisherigen Landkreises Hannover und der kreisfreien Stadt Hannover gebildet wurde. In der „Städteregion Aachen“ wollen die beteiligten Gebietskörperschaften unter den besonderen Bedingungen einer europäischen Grenzregion zukünftig enger und effizienter zusammenarbeiten. Zu den Aufgabenfeldern der Städteregion sollen beispielsweise die Verkehrsplanung und die Wirtschaftsförderung gehören. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 14/5556) sieht die Gründung der Städteregion für den 21. Oktober 2009 vor. Die Landtagsabgeordneten werden nun im Plenum abschließend über diese Pläne debattieren und entscheiden.

Mehr Freiraum für Kreativität

Sachverständige beurteilen Neuregelung des Kunsthochschulgesetzes

Mit einer Reihe von Reformen möchte die Landesregierung das NRW-Kunsthochschulgesetz stärker auf die besonderen Bedürfnisse der künstlerischen Lehre in Nordrhein-Westfalen zuschneiden. Der Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, Grüne) hörte zu der geplanten Neuregelung (Gesetzentwurf der Landesregierung Drs. 14/5555) die Meinungen von zahlreichen Sachverständigen an. Es ist geplant, das neue Gesetz am 1. April dieses Jahres in Kraft zu setzen.

Die Begründung für eine Neuregelung des Kunsthochschulgesetzes konnten alle eingeladenen Experten nachvollziehen: Da sich die Ausbildung an den Kunsthochschulen wesentlich von wissenschaftlicher Lehre und Forschung in anderen Disziplinen unterscheidet, müsse das bestehende Gesetz besser auf die besonderen Arbeitsbedingungen und die speziellen Persönlichkeitsprofile der Lehrenden und Studierenden eingehen. Dementsprechend soll die Eigenständigkeit der Kunsthochschulen weiter ausgebaut werden, auch wenn deren bisherige Doppelstruktur als Körperschaften des öffentlichen Rechts und zugleich als Landeseinrichtungen grundsätzlich beibehalten werde. So sieht die Neuregelung beispielsweise vor, den Kunsthochschulen die Einführung von Studiengängen ohne staatlichen Genehmigungsvorbehalt zu ermöglichen. Die Hochschulen erhalten außerdem die Möglichkeit, ein Kuratorium einzurichten, und sie sollen in Zukunft selbstständig über die Berufungen der Professoren und des weiteren Lehrpersonals entscheiden können. Ein Kunst-

hochschulrat, bestehend aus internationalen und überregionalen Experten, soll zukünftig die Evaluation der künstlerischen Lehre in Nordrhein-Westfalen übernehmen und entsprechende Leitlinien erarbeiten.

In ihren Stellungnahmen begrüßten die Sachverständigen mehrheitlich die geplanten Neuerungen. Die Experten äußerten aber auch Verbesserungsvorschläge zu einzelnen Punkten im Gesetzestext. Professor Dr. Peter Michael Lynen, Kanzler der Kunstakademie Düsseldorf, sprach stellvertretend für die Rektorate der sieben Kunst- und Musikhochschulen im Land. Er stimmte den Zielsetzungen der Landesregierung zu, regte jedoch auch einige Nachbesserungen mit Blick auf die Genehmigung von künstlerischen Studiengängen, die Exmatrikulation von Studierenden und das Zusammenwirken der Hochschulen an.

ENTSCHEIDUNGSSTRUKTUREN

Die Vertreterin der Studierenden an der Musikhochschule Köln, Astrid Hoffmann, befürchtete, die Entscheidungsbefugnisse des Rektorats würden durch das neue Gesetz unverhältnismäßig im Vergleich zu den Kompe-

tenzen des Senats ausgeweitet. Auch die neuen Regelungen zum Hochschul sponsoring und zu Unternehmenspartnerschaften der Institute betrachtete die AStA-Sachverständige mit Skepsis. „Es kann nicht sein, dass die Hochschule bald von ökonomischen Unternehmen abhängig wird. Die künstlerische Freiheit muss weiterhin gewährleistet werden“, so ihr Plädoyer.

Dr. Diethard Kuhne warnte aus der Perspektive der Beschäftigten und Lehrbeauftragten an den Kunsthochschulen vor der geplanten Einführung „monokratischer Leitungsstrukturen“. Die Landespersonalrätekonferenz der wissenschaftlichen Beschäftigten an den Hochschulen sehe in der Neugestaltung der Entscheidungsstrukturen nicht alle künstlerisch Beschäftigten ausreichend berücksichtigt. Zudem störe auch die Entbindung der Rektorate von bisherigen Aufgaben. „Die Rektorate wären nicht mehr verpflichtet, einen Hochschulentwicklungsplan und den halbjährlichen Rechenschaftsbericht vorzulegen. Wir würden gerne auch in Zukunft auf diesen Pflichten bestehen“, unterstrich Kuhne.

Als Vertreter des Katholischen Büros erklärte Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt, das Gesetz trage der besonderen Bedeutung der Kunst- und Musikhochschulen in Nordrhein-Westfalen Rechnung. Der Gesetzgeber müsse das hohe Niveau der Kunsthochschulen im internationalen Wettbewerb auch zukünftig sicherstellen und nach Möglichkeit dieses Niveau weiter steigern. Erforderlich sei es, das Studium der Kirchenmusik mit dem entsprechenden Lehramtsstudium an den Hochschulen zu kombinieren. So könne die landesweite Musikförderung mit kirchlichen Interessen besser vereinbart werden. Für die Evangelische Kirche erklärte Kirchenrat Rolf Krebs die Notwendigkeit, das Studium der Kirchenmusik zeitlich flexibler zu gestalten. *MS*

Viele Anregungen für die Gesetzesarbeit erhalten: Der Ausschussvorsitzende Ewald Groth (GRÜNE, M.) und sein Stellvertreter Dr. Stefan Berger (CDU, L.). Mit auf dem Bild (v.r.): Professor Michael Lynen, Kanzler der Kunstakademie Düsseldorf, Professor Josef Protschka, Rektor der Hochschule für Musik Köln, Professor Martin Pfeffer (Rektor der Folkwang Hochschule Essen) sowie Professor Martin Christian Vogel, Rektor der Hochschule für Musik Detmold.

Foto: Schälte

Eindrucksvolle Erfolgsgeschichte – 21 neue Europaschulen in NRW

Die von der Landesregierung auf den Weg gebrachte Zertifizierung für Europaschulen in Nordrhein-Westfalen ist eine eindrucksvolle Erfolgsgeschichte“, freut sich die europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ilka von Boeselager (Foto).

Nachdem bereits im Oktober vergangenen Jahres die ersten 16 Europaschulen mit dem neuen Qualitätslabel ausgezeichnet worden waren, seien in einem zweiten Schritt Anfang Februar 2008 weitere 21 Europaschulen hinzugekommen.

Von Boeselager betonte, dass die Stärkung der Europafähigkeit der Schulen ein langjähriges Anliegen der Christdemokraten im Düs-



seldorfer Landtag darstelle. Sowohl in der vergangenen als auch in der laufenden Legislaturperiode habe die Fraktion sich dieser Thematik immer wieder intensiv gewidmet. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen sei es dann im März 2007 sogar gelungen, eine interfraktionelle parlamentarische Initiative zu diesem wichtigen Themenkomplex zu verabschieden.

Die Abgeordnete: „Die Landesregierung hat hierauf umgehend und umfassend reagiert. Vor allem der verbindliche Kriterienkatalog für Europaschulen ist zielführend und beispielhaft. Hierzu zählen unter anderem zweisprachige Unterrichtsangebote, Austauschprogramme, die

Teilnahme an europäischen Projekten und die Auseinandersetzung mit europäischen Themen im Unterricht.“

Gerade der Schule komme eine Schlüsselrolle bei der Verankerung des europäischen Gedankens zu. Das Thema Europa leiste im Unterricht nicht nur einen Beitrag zur Überwindung von Vorurteilen, sondern fördere auch die Neugierde auf das Leben in anderen europäischen Ländern. Der europäische Gedanke müsse sich über den Fremdsprachenunterricht hinaus auch verstärkt in den Lehrplänen der gesellschaftspolitischen Fächer wie Sozialkunde, Politik, Geschichte und Erdkunde wiederfinden.

Von Boeselager: „Europaschulen sind in diesem Zusammenhang ein zentraler Baustein. Mit dem erfolgreich gestarteten Zertifizierungsverfahren ist ein vielversprechender Weg eingeschlagen worden, um das ambitionierte Ziel zu erreichen, bis 2010 in jeder größeren nordrhein-westfälischen Stadt eine Europaschule einzurichten.“

Azubis der FDP-Fraktion haben Prüfung erfolgreich bestanden

Allen Grund zur Freude haben die beiden Auszubildenden der FDP-Landtagsfraktion, Janine Skorupski und Katharina Nennertheim. Denn nach zweieinhalb Jahren Lehrzeit bei der FDP-Fraktion haben die beiden Azubis erfolgreich ihre Berufsausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation abgeschlossen. Beifall und Gratulationen der gesamten Fraktion erhielten deshalb die „ehemaligen“

Auszubildenden für ihren Prüfungserfolg in einer Fraktionssitzung Mitte Februar.

Dort überreichte Fraktionschef Gerhard Papke den beiden Absolventinnen dicke Frühlingsblumensträuße. „Wir freuen uns über die mit guten Ergebnissen bestandenen Prüfungen“, sagte Fraktionschef Gerhard Papke. „Diese Qualifikation ist eine wichtige Weichenstellung für Ihr künftiges Leben. Zudem freuen wir uns, dass Sie beide unser Team weiterhin unterstützen werden.“

Zweieinhalb Jahre praktische und theoretische Ausbildung liegen hinter den beiden Lehrlingen. Während dieser Zeit haben Janine Skorupski und Katharina Nennertheim alles rund um die Organisation und Abläufe eines modernen Bürobetriebes kennen gelernt. Beide Auszubildenden arbeiteten vorzugsweise in den Büros des Fraktionsvorstandes

und der Geschäftsführung. Katharina Nennertheim genoss ihre fachlich fundierte Ausbildung zu weiten Teilen im Büro des Fraktionsvorsitzenden Gerhard Papke. Janine Skorupski lernte insbesondere im Büro des Parlamentarischen Geschäftsführers Ralf Witzel. Neben der Koordination von Terminen, Erledigung der Korrespondenz, Sitzungs- und Besprechungsvorbereitungen wirkten sie auch an Veranstaltungen mit und lernten ebenfalls das Geschäft der Pressestelle kennen.

Auch künftig wird die FDP-Landtagsfraktion Jugendlichen die Chance auf einen Ausbildungsplatz bieten. Im vergangenen Jahr hat mit Kristin Schütz bereits eine weitere Auszubildende ihre Lehre bei der FDP-Fraktion begonnen. „Die FDP-Fraktion wird ihren Beitrag leisten, wenn es darum geht, jungen Menschen mit einem Ausbildungsplatz eine Zukunftsperspektive zu bieten“, unterstrich der Parlamentarische Geschäftsführer Ralf Witzel.



Turbo-Abitur nicht ohne Ganzttag



Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie die Eltern in Nordrhein-Westfalen sind sich einig: Das Abitur nach zwölf Schuljahren – vier Jahre an der Grundschule, acht Jahre am Gymnasium (G8) – führt in der von der schwarz-gelben Landesregierung beschlossenen Form zu einer unerträglich hohen Stundenbelastung gerade bei den jüngeren Schülerinnen und Schülern. Denn die Schulen

werden mit den Folgen des Turbo-Abiturs allein gelassen. Notwendige Rahmenbedingungen werden nicht geschaffen, die landesweiten Proteste ignoriert. Das deutliche Signal, dass die Eltern ihre Kinder vermehrt an Gesamtschulen anmelden, um ihnen den zeitlichen Druck am Gymnasium zu ersparen, bleibt ebenfalls unbeachtet. Haushaltsanträge der SPD-Landtagsfraktion, mit denen die Wünsche der Schulen, der Eltern, der Schülerinnen und Schüler sowie die Anregungen zahlreicher Expertinnen und Experten aufgegriffen wurden, haben die Landesregierung und die CDU/-FDP-Koalition immer abgelehnt. Stattdessen zuckt die zuständige CDU-Schulministerin mit den Schultern oder verweist auf die Möglichkeit, wieder den Samstagunterricht einzuführen. Diese Billiglösung für das Land will nun überhaupt keiner mehr.

CDU und FDP haben ohne ein Konzept für den Ganzttag das Turbo-Abitur an den Gymnasien eingeführt. Dabei ist der Ganzttag der Schlüssel für die erfolgreiche Umsetzung des G8. Wir brauchen in NRW umgehend ein pädagogisch begründetes Konzept für ein ausreichendes Angebot von Ganztagsplätzen an den Gymnasien, das die Erwartungen und Wünsche der Familien und der Kinder an Bildung, Erziehung und Betreuung berücksichtigt. Im Kern geht es in diesem Vorschlag der SPD im Düsseldorfer Landtag um eine gut organisierte Ganztagschule mit rhythmisiertem Unterricht, regelmäßigen außerunterrichtlichen Angeboten und einem richtigen Mittagessen in entsprechenden Räumlichkeiten. Hier reicht es nicht, nur ein paar Tische und Stühle zusammenrücken und einen Essenslieferanten zu bestellen, wie es dem Schulministerium vorschwebt. Unverbindlicher und unverantwortlicher geht es nicht. Vielmehr ist ein Landesprogramm notwendig, durch das Investitionen der Schulträger für eine ganztagsgerechte Ausstattung der Schulen und Angebote gefördert werden. ■

**NRW
SPD**
Die Fraktion

Grüne berufen Innovationsbeirat

Damit unser Land auf Dauer wettbewerbsfähig bleiben kann, müssen wir die Innovationspotenziale an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft ermitteln und konkrete zukunftsweisende Projekte benennen. Darüber hinaus müssen vorhandene Rahmenbedingungen und Strukturen auf ihre Effizienz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Um die Innovations- und Forschungspolitik der grünen Landtagsfraktion darauf auszurichten und weiter zu entwickeln, lässt sie sich ab sofort von einem sechsköpfigen Beirat beraten.

Zur konstituierenden Sitzung kamen die ExpertInnen aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Wissenschaft jetzt im Düsseldorfer Ständehaus zusammen.

So konnte die Fraktion die Professoren Peter Hennicke von der Bergischen Universität Wuppertal, Franz Lehner, Direktor des Instituts Arbeit und Technik Gelsenkirchen, und den Sozialwissenschaftler Claus Leggewie für die Mitarbeit in diesem neuen Gremium gewinnen – ebenso wie Professor Ruth Be-

cker vom Netzwerk Frauenforschung und die beiden Unternehmerinnen Britta Steilmann und Professor Brigitte Witzer. Weitere Fachleute aus Konzernen und Institutionen haben ihre projektorientierte Unterstützung angekündigt.

Begrüßt wurden die Gäste von der Fraktionsvorsitzenden Sylvia Löhrmann, Dr. Ruth Seidl, Sprecherin für Wissenschafts- und Forschungspolitik, führte durch den Abend. Die Abgeordneten Reiner Priggen (wirtschaftspolitischer Sprecher) und Johannes Rimmel (umweltpolitischer Sprecher) machten in ihren Beiträgen deutlich, dass in der grünen Fraktion das Thema Innovation interdisziplinär diskutiert wird. Mit einem Impulsreferat formulierte Professor Bernd Kriegesmann vom Institut für angewandte Innovationsforschung schließlich seine Anforderungen an politische Leitentscheidungen.

Ein arbeitsreiches Jahr liegt nun vor dem Beirat, bevor die grüne Fraktion dann im Frühjahr 2009 die Empfehlungen des Experten-Gremiums bündeln und die Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentieren wird. ■

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW



Im Bild (v.l.n.r.): Prof. Witzer, Johannes Rimmel, Prof. Kriegesmann, Prof. Hennicke, Sylvia Löhrmann, Reiner Priggen, Prof. Lehner, Dr. Ruth Seidl.

Bier und Bachelor

SPD fordert: Wissenschaft statt Thekenkraft

Besonders seit Einführung der allgemeinen Studiengebühren habe sich die wirtschaftliche Lage der Studierenden in NRW deutlich verschlechtert, argumentiert die SPD in ihrem Antrag mit dem Titel „Wissenschaft statt Thekenkraft – Mehr studentische Hilfskräfte für NRW“ (Drs. 14/5008). Im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie (Vorsitz Ewald Groth, GRÜNE) machten die Abgeordneten geltend, viele der Studierenden seien darauf angewiesen, nebenbei zu arbeiten, um sich das Studium und den Lebensunterhalt finanzieren zu können.

Die Aufgabe der Politik sei es, meint die Antrag stellende Fraktion, sich für eine Verbesserung der Studienfinanzierung einzusetzen. Dazu gehörten neben dem Ausbau der direkten staatlichen Transferleistungen, der Stipendiensysteme und der notwendigen Abschaffung der Studiengebühren auch Maßnahmen zur indirekten Studienfinanzierung wie die ausreichende Finanzierung der Studentenwerke oder eine Verbesserung der Situation der studentischen Hilfskräfte. Stellen für studentische Hilfskräfte seien besonders von Bedeutung, da sie den Studierenden ermöglichten, am Lernort Hochschule einer Beschäftigung ohne größeren Zeitverlust nachzugehen und gleichzeitig Erkenntnisse im wissenschaftlichen Betrieb zu gewinnen. Die Landesregierung sei in der Verantwortung, alle notwendigen Maßnahmen in ihrem Aufgabenbereich zu treffen.

Der Antrag der SPD stütze sich auf die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, die zu Beginn der Sitzung vom Generalsekretär des Studentenwerks, Achim

Meyer auf der Heyde, und dem Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke in NRW, Günther Rimmel, vorgestellt wurde. Die Langzeitstudie des Studentenwerks gilt als eine der wichtigsten Informationsquellen für Hochschulpolitik und gibt unter anderem Auskünfte über die Herkunft und die sozialen Schichten der Studierenden, darüber, wie sie ihr Studium finanzieren, wie viel sie nebenbei verdienen oder wie viel Zeit sie in ihr Studium investieren.

KOSTENSTEIGERUNGEN

Zur finanziellen Situation der Studierenden führte Achim auf der Heyde aus, den Studierenden standen im Jahr 2006 im Bundesdurchschnitt 770 Euro monatlich zur Verfügung. Der Durchschnitt in NRW lag mit 803 Euro knapp über dem des Bundes. Dabei hätten sich die Einnahmen im Vergleich zu 2003 (Bundesdurchschnitt: 767 Euro) kaum verändert, wohingegen zum Beispiel die Ausgaben für Miete

und Nebenkosten um durchschnittlich sechs Prozent gestiegen seien. „Es wird deutlich, dass 46 Prozent der Studierenden weniger als 700 Euro zur Verfügung haben und somit unter dem Richtwert liegen, den Familiengerichte als Ermessensgrundlage heranziehen“, so Achim auf der Heyde. Die Finanzierung von Studium und Lebensunterhalt basiere vor allem auf Unterhaltsleistungen der Eltern, einem eigenen Einkommen oder der Ausbildungsförderung durch den Bund (BAföG). Mit steigendem Alter sinke die Unterstützung durch das Elternhaus, während die Finanzierung durch Erwerbstätigkeit steige. Insgesamt finanzieren bundesweit durchschnittlich 57 (demgegenüber 63 Prozent in NRW) der Studierenden ihr Studium durch Einkommen aus Nebentätigkeiten. Abschließend betonte auf der Heyde: „Über die Auswirkungen der allgemeinen Studiengebühren lassen sich bislang noch keine Aussagen machen.“

Gegenstand der weiteren Diskussion im Ausschuss waren zum einen die Sozialerhebung, aber auch die Große Anfrage der SPD-Fraktion „Studierende in NRW“ (Drs. 14/4282) und die Antwort der Landesregierung (Drs. 14/5563). Der Sprecher der SPD-Fraktion, Karl Schultheis, dankte den Referenten für die Informationen und versicherte: „Wir werden mit den Ergebnissen arbeiten.“ Die Sprecherin der GRÜNE-Fraktion, Dr. Ruth Seidl, bewertete die Ergebnisse als schockierend: „Dies sind schlechte Bedingungen, um die Zahl der Studierenden anzuheben.“ Diesem Eindruck widersprach CDU-Sprecher Dr. Michael Brinkmeier: Man dürfe die Zahlen nicht überbewerten. Auch der Staatssekretär Dr. Michael Stückradt sah keinen Grund zur Schwarzmalerei. Jedoch seien die Zahlen Anlass für eine konsequente weitere Arbeit in dem Bereich. MS



Parlamentspremiere ...

... feiert am 25. April 2008 der Landeswettbewerb „Jugend debattiert“. Erstmals wird das Finale der Rhetorik-Meisterschaft im Plenarsaal des Landtags ausgetragen. Dort werden die besten Rednerinnen und Redner um ihren Einzugs ins Berliner Bundesfinale ringen. Zum Auftakt der Veranstaltung begrüßte Landtags-Vizepräsidentin Angela Freimuth über 70 Schulleiterinnen und Schulleiter im Parlamentsgebäude. Gemeinsam mit Rüdiger Frohn, dem Beiratsvorsitzenden der Stiftung Mercator, überreichte sie den Gästen Wandtafeln, die das große Engagement vieler Schulen im Wettbewerb dokumentieren. Insgesamt nehmen an „Jugend debattiert“ 15.600 Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen teil. Die Stiftung Mercator ist einer der Projektpartner des Wettbewerbs unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler.

Foto: Schälte

Porträt: Wolfgang Hüskens (CDU)



Mit der Politik verbunden war er seit seinen frühen Berufsjahren, selbst gemacht hat er sie dann allerdings erst als „Spätberufener“: Wolfgang Hüskens aus dem Kreis Wesel, seit 2000 für die CDU im Landtag, gehört zu den wenigen Abgeordneten, die abseits einer langjährigen Parteimitgliedschaft quasi im „Schnelldurchgang“ den Seitenwechsel vom kommunalen Verwaltungsbeamten zum Berufspolitiker vollzogen haben. Obgleich dieser Schritt nicht von ihm selbst ausging, hat er ihn nie bereut: „Eine neue Herausforderung mit über 50 Jahren hat mir auch persönlich noch einmal sehr gut getan“, blickt Hüskens auf die bewegten Jahre nach 1997 zurück. In diesem Frühjahr endete nämlich seine parteipolitische Neutralität, die er sich nach Abschluss der kaufmännischen Handelsschule in der Kommunalverwaltung auferlegt hatte. Das war in dem kleinen Örtchen Odrighoven-Lackhausen ganz in der Nähe seines Heimatortes Brünen, der zu Hamminkeln gehört. Da unterschiedliche und wechselnde politische Mehrheiten die Regel waren, war ein Parteibuch in der Verwaltung seinerzeit verpönt.

Hüskens stieg durch sein nebenher erworbenes Kommunal-Diplom rasch zum Leiter des Hauptamtes im benachbarten Schermbeck auf – und fühlte sich im Prinzip in dieser Tätigkeit rundherum wohl in der ländlichen Umgebung mit großer Vereins- und Schützentradition. Diese Idylle endete, als Hüskens nach längerem Drängen im März 1997 den Vorsitz des CDU-Ortsverbandes Brünen übernahm, „ohne die Folgen zu überdenken“, wie er im Nachhinein schmunzelt. Denn obwohl er bereits zur Kommunalwahl 1999 nominiert war, wurde ihm zusätzlich auch noch die Kandidatur zur Landtagswahl 2000 angetragen, weil der seinerzeitige CDU-Landtagsabgeordnete Heinrich Meyers erster hauptamtlicher Bürgermeister von Hamminkeln werden wollte.

Bevor Hüskens der ungeplante Sprung vom Niederrhein nach Düsseldorf tatsächlich gelang, waren zwar noch mehrere Hürden zu überwinden, doch nach einem spannenden Finish gelang ihm 2000 tatsächlich der Direkteinzug ins Parlament. Ein Achtungserfolg, den er fünf Jahre später bestätigen konnte. Für den bodenständigen Niederrheiner war dies ein markanter Einschnitt: „Von da an hat sich mein Leben grundlegend geändert“, zieht er Bilanz. Eine Entwicklung, die sich mit dem Regierungswechsel 2005 noch einmal verstärkt hat: „Wir sind jetzt die Handelnden, da ist die Erwartungshaltung an der Basis enorm gestiegen“, beschreibt Hüskens, der in wenigen Wochen 60 wird, das seither komplett gewandelte Rollenverständnis. Was hält er für das Wichtigste? Da antwortet Hüskens wie aus der Pistole geschossen: „Ich habe drei Prioritäten, die heißen Bildung, Bildung, Bildung.“ Kindergarten, Schulen und Universitäten seien die drei großen Felder landespolitischen Handelns: „Wenn wir das nicht hinbekommen“, so Hüskens, „haben unsere Kinder keine Zukunft und wir verloren.“

LANGER ATEM

„Ich stehe im Grundsatz voll hinter den Reformen“, bekennt der CDU-Mann, denn als Politiker „muss man den Mut haben, etwas Neues zu machen“. Aber, so schränkt er im selben Atemzug ein, „auch die Kraft zu verändern, wenn etwas in die falsche Richtung läuft“. Als Beispiel nennt er die Sprachtests für Kindergartenkinder: „Wir haben jetzt nachjustiert, und ich bin davon überzeugt, dass es in diesem Jahr wesentlich geschmeidiger läuft.“

Als seine größte Schwäche bezeichnet Hüskens seine Ungeduld: „Ich brauche Ergebnisse. Ich muss sehen, wie sich Arbeit in Erfolg umsetzt“, bekennt er. In der Kommunalpolitik, in der er nach wie vor aktiv ist, sehe man schneller, wenn eine Sporthalle steht oder eine Siedlung erschlossen wird. Gleichwohl weiß der Christdemokrat natürlich, dass Erfolge in der Bildungspolitik einen langen Atem voraussetzen: „Ich hoffe, dass alles, was wir im Bildungsbereich investieren, seine Wirkung zeigt und wir 2010 wieder Akzeptanz finden“, gibt Hüskens eine wohl allgemein verbreitete Stimmung im Koalitionslager wieder. Er persönlich will diese Früchte in zwei Jahren mit einer erneuten Kandidatur auf jeden Fall noch ernten: „Bei allen Belastungen als Abgeordneter kommt auch eine Menge zurück“, würdigt Hüskens auch das Positive am Mandat: „Neue Erkenntnisse und Begegnungen bereichern das Leben und sind eine Entschädigung für die hohe Belastung.“ *Autor: Michael Fritsch*

Petitionsausschuss vor Ort

Es scheint, als hätten die Staatsdiener den Petitionsausschuss entdeckt. Ihr Tun und Lassen war es oft, das in der Vergangenheit die Bürgerinnen und Bürger auf den Plan gerufen hat. Sie beklagten sich beim Ausschuss über unverständliche, willkürliche oder nicht nachvollziehbare Entscheidungen und drängten auf Abhilfe.

Jetzt hat der Ausschuss bei seiner jüngsten Klausurtagung in der Justizakademie Recklinghausen eine Zwischenbilanz gezogen. Danach liegen rund 13.000 Sammel- und Einzelpetitionen zur Verschiebung der Beamtenbesoldung vor. Der Landesfinanzminister will nämlich die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst ab Januar 2008 für die Beamtinnen und Beamten erst am 1. Juli nachvollziehen. Täglich gehen dazu weitere Schreiben ein. Der Ausschuss will die Sache im März erörtern.

Zahlreich sind auch die Eingaben, in denen die Beamenschaft sich über die überlange Bearbeitungsdauer der Beihilfeanträge beim Landesamt für Besoldung beschwert. Hier setzt sich der Ausschuss nachhaltig für eine schnelle Bearbeitung ein.

Im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit will der Petitionsausschuss die auswärtigen Bürgersprechstunden in den Kreisverwaltungen des Landes intensivieren. Die nächste findet im März in Euskirchen statt, weitere folgen in Ostwestfalen und im Herbst im Raum Wuppertal-Ennepe/Ruhr. Geplant sind auch weitere Telefonaktionen mit Tageszeitungen im Land. Hier steht ein Besuch bei der Kölnischen Rundschau im März auf dem Programm. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 22. Februar bis 11. März 2008

22.2. Sigrid Beer (GRÜNE)	52
26.2. Marc Jan Eumann (SPD)	42
28.2. Rolf Seel (CDU)	55
29.2. Horst Westkämper (CDU)	72
1.3. Sylvia Löhrmann (GRÜNE)	51
3.3. Rainer Lux (CDU)	57
6.3. Klaus Kaiser (CDU)	51
11.3. Manfred Palmen (CDU)	63
11.3. Michael Schroeren (CDU)	62

Axel Bäumer (31), bisher Redakteur der Parlamentszeitschrift „Landtag intern“, ist zum neuen stellvertretenden Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion ernannt worden und hat diesen Posten am 1. Februar angetreten. Der gebürtige Düsseldorfer studierte Germanistik und Politikwissenschaft und hat mehrere Jahre als freier Mitarbeiter von Tageszeitungen gearbeitet, bevor er Ende 2002 in die Pressestelle des Landtags wechselte. In seiner Funktion als stellvertretender Pressesprecher löst er Dr. Thomas Breuer ab, der zum CDU-Landesverband Nordrhein-Westfalen gegangen ist.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 21. Februar 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

An den Terror ...

... der RAF (Rote Armee Fraktion) vor 30 Jahren knüpft der neue Band der Schriftenreihe des Landtags an. Allerdings stellt er einen größeren Zusammenhang her; es geht in dem Buch um das gesamte Spektrum des Linksextremismus von 1946 bis in die Gegenwart. Nachzulesen ist, wie sich linksextremistische Parteien und Strömungen in NRW entwickelt haben und in welchen Stadien die Auseinandersetzung damit verlaufen ist. Dabei stellt der Band die Positionen der im NRW-Landtag vertretenen Parteien vor und beschreibt deren Einschätzungen, Strategien und Konzepte zur Abwehr linksextremistischer Kräfte. Zu beziehen ist diese Ausgabe gegen eine Schutzgebühr von fünf Euro über sandra.dragon@landtag.nrw.de. Foto: Schälte

